



## **Europa scheut die Auseinandersetzung mit Russland**

**Dr. Klaus Olshausen**

**Juni 2026**

### **Zusammenfassung**

---

Auch nach über vier Jahren Vollinvasion Russlands in der Ukraine ist sich Europa keineswegs einig, wie es der Aggression wirksam entgegentreten und Russlands hybriden, einschüchternden Ansturm für ein Eurasien unter seiner Dominanz zurückweisen soll. Deklaratorisch gilt immer noch eine unabhängige, territorial integre Ukraine in einem freien, friedvollen Europa der Charta von Paris von 1990. Beim Treffen der EU-Außenminister in Limassol war es Schweden, das mehr Druck auf Russland und stärkere Unterstützung der Ukraine forderte. Aber manchem ist ein Waffenstillstand auch mit Zugeständnissen an Putin eine Option.

Risikovermeidung und erkennbare Selbstabschreckung nach dem Einsatz der Hyperschallrakete in der Ukraine hemmen die Entschlossenheit und führen zur Verlängerung des Krieges, aber kaum zu einer FAIREN Beendigung des Krieges.

### **ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

Jeder kundige Leser kann seit spätestens Sommer 2021 wissen, dass Putin die Ukraine „heim ins Reich führen“ – seit Februar 2022 auch bomben – will und dass er den massiven Konflikt gegen den kollektiven Westen mit unterschiedlichen Mitteln vorantreibt. Es ist auch offensichtlich, dass eine Niederlage, eine „Amputation“ der Ukraine, nicht nur die bisherige europäische Ordnung endgültig zertrümmert, sondern Putin und der Kreml mit so einem Teilerfolg im Rücken alle Aktionen gegen die freien europäischen Länder gezielt und verstärkt fortsetzen werden.

Bei der brutalen Aggression gegen die Ukraine einerseits und dem ständig intensivierten Konflikt mit Cyberangriffen, Spionage- und Sabotageakten unterschiedlicher Art mit einem Schwerpunkt im Ostseeraum wäre es geboten, dass die europäischen Staaten mit den USA und Kanada sich klar werden, ob und in welchem Umfang sie sich diesem doppelten Ansturm Russlands für ein Eurasien unter seinem dominierenden Einfluss von Lissabon bis Wladiwostok entgegenstellen wollen und können.

Nach dem Einschlag einer vermutlich russischen Drohne in ein Wohnhaus in der Grenzstadt Galati in Rumänien in der Nacht zum 28. Mai forderte der rumänische Präsident von der NATO mehr Unterstützung für die Luftverteidigung. NATO, EU und nationale Regierungen verurteilten den Angriff und diese Eskalation des Krieges durch Russland. Wie immer dieser Drohneneinschlag im Einzelnen zustande gekommen ist, ohne die russische Aggression gäbe es diese Verletzten nicht.

Dass Analysen, Beurteilungen und Abwägungen eigenen Handelns von unterschiedlichen Lagen in einzelnen Staaten Europas mit abhängig sind, kann man an der unterschiedlichen Gewichtung der jeweiligen Unterstützung der Selbstbehauptung der Ukraine einerseits und der individuellen und kollektiven Stärkung der Landes- und Bündnisverteidigung im NATO-Rahmen ablesen.

Weder in der EU noch in der NATO gibt es eine gemeinsame Festlegung auf den politischen Zweck für eine unabhängige, souveräne, territorial integre Ukraine als wesentlichen Bestandteil und Voraussetzung, um das weitere politische und möglicherweise militärische Ausgreifen von Putins Russland zu verhindern.

Heute gibt es sehr unterschiedliche Varianten, für welchen politischen Zweck sich europäische Staaten zusammenfinden können. Weit verbreitet ist die Auffassung, jetzt möglichst rasch einen (bedingungslosen) Waffenstillstand zu erreichen. Bei den Gesprächen in Limassol am 28. Mai war man sich einig, sich von Putin nicht in eine vorzeitige Personaldebatte über konkrete Persönlichkeiten ziehen zu lassen, wenngleich natürlich aus unterschiedlichen Quellen Namen eingeführt werden. Vielmehr betonte die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas, es gehe zunächst um eine „strategische Ausrichtung der eigenen Interessen“. Nach über vier Jahren Krieg in der Ukraine und zahlreichen nicht-kinetischen Vorstößen Russlands gegen NATO- und EU-Staaten überrascht diese Lücke.

Kaja Kallas präziserte Vorstellungen nicht nur hinsichtlich der Situation rund um die Ukraine. Dass nur die Ukraine entscheiden kann, welche Lösungsvorschläge für ein Ende des Krieges sie akzeptieren kann und will, fügte sie hinzu. Sie weitete dann aber den strategischen Zielkatalog mit den Fragen russischer Truppen in Moldau und in abtrünnigen Gebieten Georgiens. Die EU müsse ihre eigenen „maximalen Positionen“ für eine stabile und dauerhafte Friedensordnung gemeinsam artikulieren und vertreten.

Damit dürfte sie zusätzliche Debatten eröffnen und Gegensätze riskieren. Denn hinter der Forderung nach einem (bedingungslosen) Waffenstillstand, der „das Töten beenden soll“, sehen manche Regierungen einen



Weg, auch politische Ergebnisse auf der Basis der de facto Gegebenheiten in der Ukraine einzuführen. Einige Regierungen, wie die schwedische Außenministerin, fordern dagegen klar eine weitere militärische Stärkung der Ukraine, um überhaupt eine realistische Chance für Verhandlungen gegen die Vernichtungspolitik Putins zu erreichen. Dem entspricht eine Vereinbarung zwischen Schweden und der Ukraine über eine Lieferung von zunächst 16 gebrauchten Kampfflugzeugen vom Typ JAS 39 Gripen zur Flugabwehr v.a. gegen Drohnen und Marschflugkörper.

Aber alle Entrüstung und Verurteilung der maßlosen Angriffe auf Kiew führte nicht zu einer unmittelbaren Antwort mit Sanktionen wie dem endgültigen Stopp der sog. Schattenflotte oder der Abnahme von Öl und Gas, durchaus bei Hinnahme eigener Einschränkungen. Auch das Thema der russischen Vermögen als Kredit für das wirtschaftliche und militärische Überleben, aber v.a. für den erforderlichen Wiederaufbau der durch Russland zerstörten Ukraine wird nicht aufgegriffen. Hier geht es offensichtlich mehr darum, Einschränkungen für eigene Wirtschaften und Gesellschaften zu minimieren.

Und für einige Regierungen und Gesellschaften wächst ein zusätzliches Risikogefühl: Westliche Staaten haben eigentlich erforderliche und sinnvolle Waffensysteme, um militärisch relevante Ziele in der Tiefe Russlands zu bekämpfen nur zögerlich, in geringen Stückzahlen oder – wie Deutschland – gar nicht zur Verfügung gestellt. Deshalb hat die Ukraine solche Waffen, v.a. weitreichende Drohnen, selbst hergestellt und wirkungsvoll vor allem gegen den russischen Energiesektor eingesetzt. In Verbindung mit dem erneuten Einsatz der russischen Hyperschallrakete im Westen der Ukraine und den wilden Drohungen, v.a. von Medwedew gegen die europäischen Staaten, steigt in manchen Ländern wieder die Selbstabschreckung, konsequente Sanktionen gegen Russland und intensive Unterstützung der Ukraine gemeinsam und entschlossen voranzubringen.

Solange dies so fortbesteht, nutzen die von Frau Kallas anvisierten Maximalziele für Verhandlungen gar nichts, da Putin – zwar mit erheblichen Verlusten – seine militärischen und politischen Ziele weiter verfolgen kann und wird. Vorrang für Risikovermeidung und Minimieren eigener Einschränkungen hat diese russische Invasion verlängert und wird auch künftig kaum zur fairen Beendigung des Krieges führen können.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



## Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



*Klaus Olshausen*